

## gelesen

Günter Müchler

*Ulrike Ackermann: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute. Mit einem Vorwort von François Bondy.*  
Klett-Cotta Stuttgart 2000, 269 Seiten, 39,50 D-Mark.

Ende Juni 2000 fand in Berlin eine bemerkenswerte Tagung vornehmlich europäischer Intellektueller statt. Die Gespräche kreisten um eine andere intellektuelle Großunternehmung, die vor fünfzig Jahren, ebenso in Berlin, Geschichte geschrieben hatte: den „Kongress für kulturelle Freiheit“. Da es der Organisatorin der Tagung, der Frankfurter Publizistin Ulrike Ackermann, gelungen war, die letzten Veteranen des Kongresses zum Kommen zu gewinnen, sprach die FAZ amüsiert von einem „Klassentreffen“.

Dieser Kongress war zu Unrecht lange Zeit vergessen. Er war ein Leuchtturm, dessen Lichtsignale weit trugen. Heute, da Intellektuelle sich, wenn es hochkommt, allenfalls zu

Unterschriftenaktionen erkühnen, ist es der Erinnerung wert, dass diese sammlungsunwillige Spezies einmal durchaus machtvolle Manifestationen zu Stande brachte. An der Eröffnung im Berliner Titania-Palast nahmen damals ehemalige Kommunisten wie Arthur Koestler und Ignacio Silione teil, Menschen, die den nationalsozialistischen Konzentrationslagern entkommen waren, wie David Rousset oder Eugen Kogon, Liberale wie Raymond Aron und europäische Föderalisten wie Denis de Rougemont. Golo Mann lauschte der Eröffnungsrede des Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter ebenso wie Albert Camus, Margarete Buber-Neumann, Richard Löwenthal, Carlo Schmid und Alfred Weber. Generalsekretär des Kongresses war Melvin Lasky.

Das war 1950, am Beginn des Korea-Krieges. Sechzehn Jahre später, 1966, enthüllte die New York Times, dass der Kongress und die vielfältigen Initiativen, die

von ihm ausgingen, größtenteils von der CIA finanziert waren, übrigens ohne Wissen der wichtigsten Organisatoren. Die Enthüllung genügte, die Arbeit des Kongresses als Undercover-Tätigkeit im Dienste des Kalten Krieges zu diskreditieren.

Doch so simpel war die Angelegenheit keineswegs. Der Kongress wollte keine antikommunistische Kampffront sein und hätte es nach Herkunft und Zusammensetzung seiner Teilnehmer auch gar nicht sein können. Seine Stoßrichtung war eine antitotalitäre. Er wollte eine Brandmauer gegen eine mögliche Wiederkunft des Nazismus aufrichten, so wie er selbstverständlich den Kommunismus anprangerte, der gerade vor aller Augen sein freiheitsknebelndes Herrschaftssystem den meisten osteuropäischen Staaten aufgezwungen hatte und weiterhin Andersdenkende mit Terror verfolgte – nach Hannah Arendt ein Wesenzug des Totalitarismus.

Im Besonderen wandte sich der Kongress gegen Stalins westliche Fellow-travellers. Davon gab es im westlichen intellektuellen Milieu viele. Sie beugten vor dem Moskauer Diktator auch dann noch fromm die Knie, wenn sie über seine Untaten Bescheid wussten. Ihnen hielt David Rousset in Berlin vor: „Als frühere Häftlinge haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, alle Konzentrationslager, wo immer sie sich befinden mögen, zu verdammten. Auf keinen Fall sollen irgendwelche Lager mit Schweigen übergangen werden, nur weil sie sich vielleicht in einem Lande befinden, mit dessen System die eine oder andere Gruppe unter uns sympathisiert.“

Von dem Kongress gingen zahlreiche Impulse aus. In Westdeutschland wurde die Zeitschrift *Der Monat* gegründet, in Frankreich entstanden die *Preuves*, in Großbritannien der *Encounter*, alles Publikationen, die sich einem Ziel verschrieben: der Verteidigung der intellektuellen Freiheit. Teilnehmer des Kongresses knüpften später Netzwerke von Intellektuellen, junge osteuropäische Studenten erhielten Stipendien und Literatur.

Ungeachtet seiner Bedeutung, die unbestreitbar ist und die allein an

der gewaltigen kommunistischen Gegenpropaganda abgelesen werden kann, ist der „Kongress für kulturelle Freiheit“ heute nahezu vergessen. Mehr noch: „Er unterliegt dem Verschweigen und der Verdrängung.“ Zu diesem Urteil gelangt Ulrike Ackermann in ihrem Buch: *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute*. Das Schweigen hat nach ihrer Ansicht ideologische Gründe:

„Sie liegen in einer latenten und bisweilen manifester Abwehr totalitärer Optionen, die sich an Totalitarismustheorien orientierten und sie weiterentwickelten. Die Hauptkritik galt dem darin enthaltenen Antikommunismus. Es scheint, als wirkten die Denkfiguren eines Antifaschismus, der den Antikommunismus bis heute bekämpfen muss, zumindest unterschwellig fort. Deren Überwindung war nicht zuletzt das Anliegen des ‚Kongresses für kulturelle Freiheit‘ gewesen.“

Die moralische Autorität des Kongresses als Manifestation liberalen Denkens wird für die Autorin durch die finanzielle Unterstützung aus dubioser Quelle nicht beeinträchtigt. Sein antitotalitäres, nicht von sektoraler Blindheit eingeschränktes Engagement sei glaub-

würdig gewesen, stellt sie fest. In der moralischen Verwerfung jedweder totalitärer Herrschaft markiert er für sie gleichsam den Zustand vor dem Sündenfall, jedenfalls auf Westdeutschland bezogen. Der Anschauungsunterricht in kommunistischer Herrschaftspraxis, den man dort, unmittelbar am Eisernen Vorhang, fast täglich erlebte, führte bei nahe von selbst zu dem antitotalitären Konsens, der für die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik prägend war. Damals konnte Kurt Schumacher von den SED-Kommunisten als „rot lackierten Faschisten“ sprechen. Dreißig Jahre später wäre er dafür mit einem Parteidrucksverfahren überzogen worden.

Ganz anders lagen die Dinge in Frankreich. Kommunistische Ideen waren nach dem Krieg in keinem anderen westlichen Land so verbreitet wie in Frankreich. Das lag nicht zuletzt daran, dass Gaullisten und Kommunisten ein gemeinsames Interesse daran hatten, den Mythos der Résistance, also der auch im Widerstand gegen Hitler angeblich einen, unteilbaren Nation, aufrechtzuerhalten. In der Praxis führte diese sonderbare Symbiose zu einer Dominanz der Gaullisten in der Politik und einer der Kommunisten auf

dem Felde der Politik, anders ausgedrückt zu einem „Jalta à la française“, nach einem Wort von Jürg Altwegg, auf den sich Ulrike Ackermann in diesem Kapitel stark stützt.

Als Leitfigur der geistig-kulturellen Dominanz der Kommunisten erscheint Ackermann Jean-Paul Sartre. Der in Deutschland lange Zeit selektiv wahrgenommene Philosoph schalt Antikommunisten „Hunde“ und bezeichnete den Sowjet-Kommunismus malgré tout als historisches Vorbild für das Proletariat auch in Westeuropa. In seinen Kontroversen mit Albert Camus oder Raymond Aron hatte er zwar nicht Recht, aber den Beifall auf seiner Seite.

Das änderte sich erst 1968 und dann entschiedener noch nach dem Erscheinen von Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag*. Solschenizyns Werk wirkte auf die Linke Frankreichs verheerend. Der Schock bestand nach Auffassung Arons darin, dass Solschenizyn die Linke bei ihrem großen Selbstbetrug erwischtete:

„Wenn Solschenizyn unbequem für uns ist und uns sogar empört, dann deshalb, weil er die westlichen Intellektuellen an ihrem schwächsten Punkt, ihren Lügen, trifft: ‚Wenn Ihr den großen Gulag akzeptiert‘, so fragt er sie,

,warum empört Ihr Euch dann in so tugendhafter Weise über die Kleinen? Lager bleiben Lager, ganz gleich, ob sie braun oder rot sind.‘ Seit über fünfzig Jahren weigern sich die Intellektuellen des Westens, diese Frage zu hören. Sie haben sich ein für allemal entschieden, dass es die ‚gute‘ und die ‚böse‘ Seite gibt, wobei die Konzentrationslager der einen durch die Heiligkeit der Sache verklärt werden, während die auf der anderen eben Konzentrationslager sind.“

Während in Frankreich der Solschenizyn-Schock der Linken einen Schlag versetzte, von dem sie sich nie mehr erholte, wurde der *Archipel Gulag* in Westdeutschland viel gleichgültiger aufgenommen. Zutreffend weist Ulrike Ackermann darauf hin, dass Heinrich Böll beinahe der Einzige im intellektuellen Milieu blieb, der sich um den Nobelpreisträger nach dessen Abschiebung kümmerte. Der Mehrheit der Linken war Solschenizyn peinlich, ein großer Autor, unbestreitbar, aber doch irgendwie ein Renegat, jemand, der die soeben begonnene politische Entspannung störte.

In der Bundesrepublik war schon das Jahr 1968 anders verarbeitet worden als in Frankreich. Hier besaß das chaotisch-antiautoritäre Moment auch eine

Spitze gegen die dogmatische KPF, die anfing, unmodern zu werden. Hingegen kam 1968 diesseits des Rheins marxistisches Gedankengut in Mode – eine unzeitgemäße und bis heute rätselhafte Entwicklung, war 1968 doch auch das Jahr, in dem die Reformunfähigkeit des kommunistischen Systems durch die Niederschlagung des Prager Frühlings ihren letzten Beweis erfuhr.

Mit dem Jahre 1968 erlosch der antitotalitäre Konsens in der Bundesrepublik. Das tonangebende linksliberale Milieu entschied sich, so schildert es Ackermann, für vage Dritte-Weg-Konzepte, für die Ablehnung der Totalitarismus-Theorie und deren Ersetzung durch einen teils romantischen, teils kämpferischen Antifaschismus, dem selbst Menschenrechte untergeordnet wurden:

„Die einseitige Kapitalismuskritik auf westlicher Seite, gepaart mit jenem spezifischen ‚Anti-Antikommunismus‘, produzierte gleichsam diesen blinden Fleck in der Wahrnehmung der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Er machte große Teile der linksliberalen Intellektuellen bis in die achtziger Jahre hinein unfähig, ihre antifaschistische Haltung mit einer umfassenden Verteidigung der Men-

schenrechte zu verbinden, für demokratische Rechte und Freiheiten und gegen jegliche totalitäre Herrschaft einzutreten.“

Die Folgen sind bekannt. Im Unterschied zu Frankreich wurden von westdeutschen Intellektuellen Dissidenzbewegungen in der Tschechoslowakei und in Polen verspätet wahrgenommen oder mit Misstrauen belegt. Das widerfuhr auch den Bürgerrechtlern in der DDR, die vielen Intellektuellen in den behaglichen Studierzimmern der Bundesrepublik als lästige Störenfriede des Status quo galten. Ulrike Ackermann zitiert den französischen Historiker Jacques Julliard: „Hätte man auf die deutschen Intellektuellen gehört, würde man heute noch mit der DDR-Führung verhandeln.“

Das Buch ist gut lesbar und materialreich. Die Autorin argumentiert von

einem liberalen Standpunkt aus, Tabus geht sie nicht aus dem Weg. Sie beschreibt den Historikerstreit, die Nolte-Kontroverse und verschweigt auch nicht die schäbige Instrumentalisierung des Holocaust gerade durch jene, die zu Recht auf dessen Einzigartigkeit pochen. Nicht der Anspruch, aber die Fließrichtung stellt das Buch in einen Zusammenhang mit Furets „Ende der Illusion“ und dem „Schwarzbuch des Kommunismus“, und so wie diese wird es diejenigen auf den Plan rufen, die törichterweise meinen, es nütze den Braunen, wenn man die Wahrheit über die Roten sage. Als glücklich erweist sich der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, denn er ist geeignet, ideologische Verspannungen der alten Bundesrepublik sichtbar zu machen.

Das Buch ist stark in der Beschreibung der Phänomene; darauf liegt das Hauptaugenmerk der Autorin, weniger auf der Analyse. So wäre es reizvoll gewesen, genauer herauszuarbeiten, in welcher Weise sich in der alten Bundesrepublik neomarxistisches Denken und die zu einer fruchtlosen Bejahung des Status quo erstarnte Entspannungspolitik der SPD in den späten siebziger und achtziger Jahren berührten und ergänzten. Doch das ist nur ein kleines Manko eines Werkes, das viel zur Erhellung eines wichtigen und keineswegs abgeschlossenen geistesgeschichtlichen Kapitels beiträgt. Nicht nur bezogen auf den „Kongress für kulturelle Freiheit“ ist es, wie François Bondy im Vorwort schreibt, ein Buch der „tätigen Erinnerung, ein Buch gegen das Vergessen“.

### Die Toleranz der „Reaktionäre“

„[...] nicht die gebrochenen Biografien haben die Integration der 68er ermöglicht, sondern diejenigen, die ungebrochen am westlichen Wertesystem festhielten und der Intoleranz oft mit Großmut und Nachdenklichkeit begegneten. Dass uns Erziehungsdiktatur und revolutionärer Karneval erspart blieben, verdanken wir nicht unserem Außenminister und seinen Freunden, sondern den ‚Reaktionären‘ in CDU, SPD und FDP. Wie Cohn-Bendit einst Fischer vom Abgrund der Gewalt zurückgerissen hat, so haben die vielen ‚Scheißliberalen‘ von damals die demokratische Gesellschaft vor den Folgen von Fischers Tun bewahrt.“

(Alexander Gauland am 17. März 2001 in *Die Welt*)